

„Offene“ und „geschlossene“ Transformation: Von peripheren und noch periphereren Kapitalismen in Osteuropa¹

Der Begriff der Peripherie oder Peripherisierung Ost- bzw. Mitteleuropas² taucht in kritischen Analysen des postsozialistischen Transformationsprozesses relativ häufig auf (vgl. Krassil'sikov 2001, Berend 1996, Kagarlitsky 2001, Bohle 2002, Gowan 2000, Staniszkis 1995). Allerdings bleibt oft vage, wie dieser Begriff zu füllen ist. Bei einem vergleichenden Blick innerhalb der Region wird schnell klar, dass die konstatierte periphere Einbindung verschiedene Formen annehmen kann – in Osteuropa existieren sehr unterschiedliche Entwicklungspfade, die unter den Oberbegriff „Peripherisierung“ zu fassen als relativ grobe Verallgemeinerung erscheint. Dennoch bietet das Konzept durch seinen Bezug auf die Bedingungen der internationalen politischen Ökonomie und Arbeitsteilung wichtige Ansatzpunkte für die Erklärung der Transformationsverläufe in Osteuropa.

Der Beitrag des Peripherie-Begriffs zur Transformationsanalyse, so unsere Einschätzung, besteht vor allem darin, die Bedingungen der Weltmarktintegration in eine Transformationsdebatte einzubringen, die in den letzten Jahren eher von der Orientierung auf spezifische nationale Entwicklungslinien geprägt war. Allerdings muss das Konzept angesichts disparater Entwicklungen in der Region geschärft und differenziert werden.

Die Demarkationslinie zwischen zukünftigen EU-Mitgliedsstaaten und den Ländern, denen mittel- und langfristig diese Perspektive nicht offen steht, stellt dabei aus unserer Sicht die Grenze zwischen zwei verschiedenen Formen von Peripherisierung dar. Die Differenz der beiden Integrationsmodelle liegt zunächst in der Existenz (bzw. Nicht-Existenz) eines konkreten, den Transformationsprozess prägenden gesamtgesellschaftlichen Projektes. Dies

1 Für Unterstützung beim Schreiben dieses Artikels, für Diskussionen und Kommentare möchten wir uns bei Dieter Plehwe, Christopher Bahn, Michael Wortmann, Katrin Bastian und vor allem bei Dorothee Bohle bedanken.

2 Wir verwenden diese Begriffe hier pragmatisch: Mittel- und Osteuropa (MOE) umfasst die EU-Beitrittskandidaten, das allgemeinere „Osteuropa“ inkludiert auch die GUS (Gemeinschaft unabhängiger Staaten, d.h. die ehemalige Sowjetunion ohne die baltischen Staaten) und südosteuropäische Länder ohne Kandidatenstatus.

ist ein entscheidender Faktor für die Ausprägung je spezifischer Entwicklungspfade im Hinblick auf Institutionensysteme und Transformationsergebnisse. In den Beitrittsländern fällt der Transformationsprozess heute weitgehend mit der Anpassung an EU-Normen zusammen. Der geplante EU-Beitritt der jetzigen Kandidatenländer „schließt“ die Transformationspfade und führt damit zu einer tendenziell gesteuerten, kontrollierten Einbindung in die internationale politische Ökonomie. Das heißt jedoch nicht, dass Mitteleuropa an den Entwicklungsstand Westeuropas anschließen kann. Vielmehr verweist der Modus der Integration MOEs in die EU auf eine periphere Einbindung in eine der zentralen Weltregionen.

Die GUS-Länder bleiben dagegen auf einen „offenen“, inkohärenteren Modus der Auseinandersetzung mit dem globalen Kapitalismus verwiesen. Trotz anders lautender Rhetorik bleibt die Re-Integration bisher fragmentarisch, ein dem EU-Beitritt entsprechendes Projekt ist nicht auszumachen. Die „offenere“ Form der Integration unterliegt zwar ebenso dem „Zwang des Weltmarkts“ wie die EU-Integration und wird teilweise durch Einbindung in internationale Organisationen und Regimes wie WTO, Weltbank, IWF, ILO reguliert und institutionalisiert. Diesen fehlt jedoch die hegemoniale Einbindungs- und Mobilisierungskraft des EU-Projektes, sie sind wesentlich weniger weitreichend und durchsetzungsfähig. Gleichzeitig beschränken die globalen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen die Möglichkeiten erfolgreicher nationalstaatlicher Entwicklungsstrategien erheblich.

Im folgenden werden wir in einem ersten Teil unterschiedliche Modi der Peripherisierung und ihren Zusammenhang mit den unterschiedlichen Integrationsmodellen charakterisieren. Anschließend erläutern wir den Prozess der Peripherisierung MOEs durch den Beitrittsprozess sowie die „offene“ Peripherisierung am Beispiel Russlands.

1. Renaissance, Kritik und Differenzierung des Peripherie-Begriffs

In Abgrenzung zu modernisierungstheoretischen Perspektiven auf die Transformation zum „westlichen Kapitalismus“ und als Kritik des neoliberalen Transformationsdiskurses haben kritische Stimmen seit Beginn der 1990er Jahre eine vom Westen abhängige, untergeordnete Entwicklung der ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas konstatiert.

Diese Entwicklung, als Peripherisierung der Region gekennzeichnet, wird einerseits historisch verstanden, bauten die osteuropäischen Sozialismen doch auf eher rückständigen, frühkapitalistischen Gesellschaften auf:

„The communist experiment was part of a twentieth-century rebellion of the unsuccessful peripheries, which were humiliated by economic backwardness and the increasing gap which separated them from the advanced Western core.“ (Berend 1996: X)

Das staatssozialistische Modell wird in dieser Perspektive als letztlich fehlgeschlagener Versuch des „Ausbruchs aus der Peripherie“ eingeordnet. Folgt man diesem Argument der langfristigen Pfadabhängigkeit, müssten sich die Länder der Region vor allem nach historischen Entwicklungsunterschieden ausdifferenzieren. In der Tat reproduzieren sich in teilweise erstaunlicher Weise alte Grenzlinien. Dennoch scheinen uns aktuelle Grenzziehungen in wesentlichem Maße durch die unterschiedliche Integrationspolitik der westlichen Staatengemeinschaft für einzelne Länder bzw. Subregionen Osteuropas erklärbar zu sein. Diese stützt sich zwar zur Rechtfertigung und Orientierung auf tradierte Muster, geht aber in ihrer Eigendynamik über das historische Erbe weit hinaus.

Andererseits kritisieren Peripherisierungsthesen die unmittelbaren sozialen und ökonomischen Auswirkungen der von westlichen Beratern, Regierungen und internationalen Institutionen empfohlenen und verordneten neoliberalen Transformationsprogramme und schlussfolgern daraus, dass das Wohlstandsversprechen der „nachholenden Modernisierung“ dauerhaft nicht eingelöst werden wird. Vielmehr sehen sie primär eine Restrukturierung im Interesse westlichen Kapitals, welches an der Ausbeutung insbesondere der russischen/ex-sowjetischen Rohstoffe, an der Etablierung von Billiglohnproduktion und an der Erschließung profitabler Absatzmärkte im Osten interessiert sei, ohne dass die erhofften gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsimpulse durch Know-How- und Technologietransfer eintreten.

Die Kritik umfasst damit sowohl die These, die Gesellschaften Osteuropas würden in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Westen gebracht, als auch das Argument, sie würden dadurch strukturell in ihrer Entwicklung behindert. Allerdings bleiben die Analysen häufig sehr allgemein, ohne genauer zu klären, was Peripherisierung im Kontext der 1990er Jahre und vor dem Hintergrund des Staatssozialismus genau bedeutet, worin die konstatierte Abhängigkeit besteht und vor allem, welche Ausdifferenzierungen zwischen den Ländern der Region stattgefunden haben.

Insbesondere drei Kritikpunkte wollen wir kurz ansprechen, um danach zu einer eigenen Analyse und Differenzierung der Peripherisierungsprozesse zu kommen. Erstens können die ursprünglichen Peripherisierungskonzepte, wie sie im Kontext der Weltsystemtheorie entstanden sind, Entwicklungsprozesse in Mittel- und Osteuropa kaum erklären. Diese umfassen inzwischen durchaus nicht nur Rohstoffexporte und Billiglohnproduktion, sondern wesentlich komplexere Prozesse der Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Die selektive Einbindung in transnationale Produktionsverbünde ist mit gewissen Investitionen, makroökonomischem Wachstum und auch Beispielen erfolgreicher Restrukturierung verbunden, die sich mit dem traditionellen Peripheriebegriff nur schwer fassen lassen. Zweitens kann die stark auf die Kritik externer Akteure ausgerichtete Peripherisierungsdebatte nicht hinreichend erklä-

ren, warum dieser Transformationsprozess in den meisten Ländern über die gesamten 1990er Jahre hinweg intern durchgesetzt werden konnte. Die abhängige Integration in die internationale Arbeitsteilung ist nicht allein mit dem Zwang des Weltmarktes oder internationaler Institutionen zu erklären, sondern auch Resultat interner Interessenkonstellationen. Drittens kann die allgemeine Peripherisierungsthese wenig auf das Argument antworten, „falsche“ interne Politik habe zu den problematischen Ergebnissen geführt. Dies wird oft durch die unterschiedliche Entwicklung der MOE- und der GUS-Länder illustriert, die eine einheitliche Interpretation der Transformation als Peripherisierung problematisch erscheinen lässt. Analytisch ist es daher notwendig, die Zusammenhänge zwischen historischen Voraussetzungen, Integration in die internationale politische Ökonomie und Transformationsstrategien aufzuzeigen.

Dennoch meinen wir, dass es sinnvoll ist, den Begriff der Peripherisierung aufrecht zu erhalten, wenn die unterschiedlichen Formen peripherer Integration hinreichend differenziert werden. Der entscheidende Vorteil des Konzepts ist es, den Blick auf durchaus ähnliche strukturelle Verwerfungen zu lenken, die vor allem aus der selektiven Einbindung bestimmter Sektoren und Regionen eines Landes oder auch einzelner Unternehmen in die transnationale Arbeitsteilung resultieren. Sowohl die politischen und ökonomischen Formen der transnationalen Integration als auch die Strategien zur „Lösung“ bzw. Bearbeitung dieser Widersprüche nehmen jedoch unterschiedliche Formen an. Candeias (1999) beschreibt drei zeitlich aufeinander folgende Formen peripherer Integration in die internationale Arbeitsteilung: von der klassischen Position als Rohstofflieferant, über die einfache intraindustrielle Arbeitsteilung als Billiglöhproduzent bis zur Herstellung prinzipiell ähnlicher Güter in Zentrum und Peripherie mit Hilfe unterschiedlicher Kombinationen der Faktoren Arbeit und Kapital. Entscheidend für den Peripheriestatus ist, dass die Kontrolle über die Produktionsprozesse und der wesentliche Mehrwert in den Zentren verbleiben. Diese Muster sind unseres Erachtens nicht rein zeitlich aufeinander folgende Formen des Zentrum-Peripherieverhältnisses, sondern bestehen heute in unterschiedlichen Konfigurationen fort. Sie kennzeichnen damit eine Ausdifferenzierung von Peripherie anhand qualitativ unterschiedlicher Einbindung in internationale Arbeitsteilung.

Diese unterschiedlichen Formen sind eng verknüpft mit dem jeweiligen institutionellen Integrationsmodell. Die mögliche Zugehörigkeit zum europäischen Verbund ermöglicht eine andere Form peripherer Einbindung als die Unterordnung unter den *Washington Consensus* (vgl. Williamson 1990).

Zu Beginn der 1990er Jahre fand die These, Osteuropa werde zum Absatzmarkt und Rohstofflieferanten, allenfalls zum Billiglöhproduzenten degradiert, einigen empirischen Rückhalt. Die strukturellen Parameter des Außenhandels aller osteuropäischen Länder, das Verhältnis von komplexen Produk-

ten und Rohstoff-/Halbfertigwaren, verschlechterten sich zunächst beträchtlich und legten damit eine Entwicklung in Richtung eines „klassischen“ Peripheriestatus nahe. Die polnische Soziologin Jadwiga Staniszkis beklagte 1995 das Fehlen einer „Nische“ für die osteuropäischen Länder, die diesen eine den asiatischen Tigerstaaten vergleichbare Entwicklung erlauben würde. Ausländische Direktinvestitionen blieben zunächst weit hinter den Erwartungen zurück und enttäuschten so Hoffnungen auf eine schnelle transnationale Integration und Modernisierung. Martin (1998) folgerte:

„The incorporation has been on the basis of internationalisation, based on the logic of exchange, not multi-nationalisation, involving integration into multi-national production systems, much less globalisation, based on the logic of innovation.“ (Martin 1998: 23)

Die Skepsis der wichtigsten Akteure, nämlich transnationaler Unternehmen, sah er hauptsächlich in mangelnden Wettbewerbsvorteilen und Zweifeln an der politischen Stabilität begründet. Allerdings beobachtete er schon zu diesem Zeitpunkt „a process of differentiation between countries in the region, with the Czech Republic, Hungary and Poland partially incorporated into the international economy through the ‘logic of production’, but with other countries outside“ (ebd.).

Hier wird ein aus der Entwicklungstheorie bekanntes Dilemma deutlich: Als Voraussetzung für einzelne Ökonomien, einen „fortgeschritteneren“ Status in der internationalen Arbeitsteilung zu erreichen, gilt vor allem die Fähigkeit des jeweiligen Nationalstaates, mit lokalen, peripheren Akkumulationsmustern und den sie unterstützenden lokalen und transnationalen Klassen zu brechen, und sich öffnende Nischen in der globalen Arbeitsteilung sowie vorteilhafte Bedingungen im zwischenstaatlichen System vorausschauend wahrzunehmen und zu nutzen (vgl. mit Blick auf die NICs Martin 1990). Während also ein funktionsfähiger Staat vor allem für erfolgreiche aufholende Entwicklung als essentiell angesehen wird (vgl. Gordon 1995), sind die Bedingungen für dessen autonomes Handeln in Osteuropa kaum gegeben, und dies nicht nur aufgrund der „mangelnden Staatskapazität“ in der Transformation. Die Entwicklung der Weltwirtschaft hat die Möglichkeiten und Strategien nationalstaatlicher Entwicklungsstrategien seit den 1980er Jahren immer stärker begrenzt – also gerade in dem Moment, als die osteuropäischen Ökonomien sich ihr verstärkt öffneten.

Vor diesem Hintergrund sind die Diskussionen um westliche „Hilfen“ für die Transformationsländer zu sehen, um von außen die Entwicklung zu gewährleisten, die intern nicht leistbar schien. Wiederholt wurde dabei ein „neuer Marshall-Plan“ vorgeschlagen, der jedoch nicht zu Stande kam. Vielmehr besteht ein Großteil der aufgelegten Programme aus Krediten und ist an Konditionen der Umsetzung liberaler Reformen geknüpft, die den Nachkriegsstrategien der Marshall-Plan-Länder klar widersprechen (vgl. Berend 1996, Arrighi 1990). Die notwendigen Ressourcen für die Modernisierung und Entwicklung

der osteuropäischen Ökonomien und damit einen Ausbruch aus peripheren Entwicklungsmustern sind also weder in den einzelnen Staaten vorhanden, noch wurden sie von der „internationalen Gemeinschaft“ zur Verfügung gestellt. Ein Modell erfolgreicher Entwicklung jenseits der schon früher gescheiterten *blue prints* des *Washington consensus* war damit nicht absehbar, und die sozialen Verwerfungen, die durch das neoliberale Transformationsprojekt erzeugt wurden, waren intern kaum zu bewältigen.

Die mögliche EU-Mitgliedschaft wurde in Mittelosteuropa als Chance interpretiert, aus diesem Modernisierungs-Dilemma der gleichzeitigen Notwendigkeit und Unmöglichkeit gesteuerter Entwicklungspolitik auszubrechen. Durch sie scheint die gleichberechtigte Zugehörigkeit zum Zentrum Europas in greifbare Nähe gerückt. Der Integrationsoptimismus bricht sich jedoch am Charakter der EU-Integration, die selbst als überwiegend negative, das heißt auf Abbau ökonomischer Schranken, nicht jedoch auf den Aufbau politischen und sozialen Zusammenhalts ausgerichtete Projekt charakterisiert worden ist (vgl. Scharpf 1999). Trotz gewisser Ausgleichsmechanismen ist die regionale Differenzierung groß bzw. wächst. Darüber hinaus werden die Ansätze der Einbettung des neoliberalen Binnenmarktprojekts, die den Konsens innerhalb der EU gesichert haben – vor allem über Strukturfonds und Agrarpolitik – nun im Zuge der Osterweiterung als „unfinanzierbar“ in Frage gestellt. Die Bereitschaft, regionale und soziale Kohärenz innerhalb der erweiterten EU zu schaffen, scheint äußerst begrenzt. Ob unter solchen politischen und ökonomischen Restriktionen eine Integration „auf gleicher Ebene“ stattfinden kann, ist zu bezweifeln.

Dennoch konstituiert die zukünftige Mitgliedschaft in der EU eine entscheidende Trennlinie, die für unterschiedliche Formen der peripheren Integration Osteuropas in die globale Ökonomie sorgt. Die EU als externer Garant des Transformationsprozesses stellt Bedingungen her, unter denen die Integration in Produktionsnetzwerke für das transnationale Kapital attraktiv wurde: relative Transparenz, Investitionssicherheit, Entwicklung institutioneller Angleichung an ihr eigenes Vorbild und nicht zuletzt die teils reale, teils in Aussicht gestellte Teilhabe an einem vergrößerten EU-Markt. Diese „gesteuerte Transformation“ und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaften der Kandidatenländer werden wir im folgenden Abschnitt erläutern, bevor wir ihr den „offeneren“ Transformations- und Peripherisierungsmodus der Nicht-Kandidatenländer gegenüberstellen.

2. Gesteuerte Transformation in Mittel- und Osteuropa: Periphere Integration in die Europäische Union

Mit der Entscheidung zur Integration einiger MOE-Transformationsstaaten in die EU sowie der Konkretisierung und Intensivierung der Beitrittsbestre-

bungen wurden die noch nicht abgeschlossenen institutionellen Reformen in den Beitrittskandidaten einem relativ starken Konvergenzdruck unterworfen (vgl. Grabbe 1998). Insbesondere die Dynamik und Richtung des Transformationsprozesses zwischen den Beitrittsländern hat sich angeglichen. Entscheidend dafür ist die Tatsache, dass die EU den Transformationsländern über ihre Heranführungsstrategie einen relativ kohärenten Entwicklungsrahmen vermittelt. Diese „gesteuerte Transformation“ beinhaltet zum einen den durch den Kompetenzrahmen der EU prinzipiell abgesteckten Zielraum, der sich als ein gesellschaftliches Projekt der negativen Integration charakterisieren lässt (s.o.). Zum anderen ist sie durch die über die Heranführungsstrategie ausgeübte externe Kontrolle seitens der EU gekennzeichnet. Die Durchsetzungsmacht der EU als weltregionalem Integrationsprojekt in Verbindung mit dem Interesse der Eliten der MOE-Bewerberländer an Partizipation in diesem Projekt (zwecks Stabilisierung und Legitimation der Transformation) hat zu einseitig von der EU gesetzten und konkretisierten Beitrittsbedingungen geführt. Diese geben der EU-Kommission einen weitreichenden Einfluss auf nahezu alle Politikbereiche in den Beitrittsländern.

Strukturelle Implikationen der EU-Integration

Die gesteuerte Transformation hat zwei Konsequenzen: Erstens bedeutet sie eine Absicherung und Beschleunigung institutioneller Reformen. Der von der EU ausgeübte Druck stellt dabei eine Legitimationsressource für die Regierenden in MOE und ihre Politik dar, die sich entweder als erfolgreiche Reformer auf dem Weg in die EU darstellen oder unpopuläre Maßnahmen unter Verweis auf den Zwang seitens der EU durchsetzen können. Die Beschleunigung der Transformation durch die Beitrittsaussichten funktioniert also zum einen über die Stärkung der Regierungen und der politischen Stabilität, zum anderen fördert sie aber auch Investitionen und hält in der Bevölkerung die Hoffnung auf Verbesserung der Lebensverhältnisse aufrecht.

Die zweite Konsequenz der gesteuerten Transformation ist, dass sie der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung eine spezifische neoliberale Richtung gegeben hat. Dies lässt sich auf der politischen Ebene auf drei ineinander greifende Erklärungen zurückführen. *Erstens* ist durch den starken Einfluss der EU auf die Politik der Beitrittsländer die soziale Schieflage des EU-Binnenmarkt-Projekts in die nationalen Kontexte übertragen worden: Binnenmarkt-relevante wirtschaftspolitische Reformen sowie die Angleichung des Rechtsrahmens zur Übernahme des *acquis* haben im Zuge der Beitrittsbemühungen Priorität vor der Anpassung sozialpolitischer Regelungen. *Zweitens* ist diese Logik der negativen Integration durch die neoliberale Orientierung vieler MOE-Regierungen unterstützt worden. *Drittens* wurde der auch im Westen in Zusammenhang mit der EU-Integration als *race to the bottom* diskutierte

Standortwettbewerb in den Kandidatenländern durch die Gestaltung des „Vor-Beitrittsprozesses“ als Beitrittswettbewerb verschärft.

Die sozio-ökonomischen und strukturellen Konsequenzen dieser Dynamiken sind problematisch. Auch wenn sie mit bestimmten Wachstumsprozessen verbunden ist, führt diese Europäisierung zu nachrangiger ökonomischer Integration und verstärkt die regionalen und sozialen Disparitäten. Damit bestätigt sich die Peripherisierungsthese als „relative Peripherisierung“ innerhalb der EU (siehe auch Bohle und Holmann in diesem Heft). Oppositionelle Kräfte, vor allem die sozialen Verlierer dieser Transformation, wie etwa Landwirte, werden durch die Einbindung in die EU effektiv marginalisiert, weil die De-Nationalisierung weiterer staatlicher Kompetenzen mit fehlenden Strukturen und Machtressourcen für die Durchsetzung ihrer Interessen auf europäischer Ebene einher geht. Das europäische Sozialmodell beruht auf starken Interessenorganisationen, die über Handlungsrahmen und -ressourcen verfügen, um gesellschaftliche Kompromisse auszuhandeln. Genau diese Grundlagen werden aber zum einen durch die negative Integration unterminiert, zum anderen war und ist die MOE-Zivilgesellschaft ohnehin schwach ausgeprägt. Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen sind nach wie vor schlecht organisiert, was letztlich dazu führt, dass – je weniger der Staat reguliert – gesellschaftliche Problemlösungen mehr und mehr den Macht- und Marktverhältnissen überlassen bleiben. In diesen wiederum spielen ausländische, europäische Akteure (vor allem Investoren und Abnehmerfirmen) und ihre (selektiven) Interessen eine entscheidende Rolle. Theoretisch hätte die EU Möglichkeiten, hier politisch regulierend einzugreifen, die sie aber bislang nicht nutzt. Die Nationalstaaten wiederum sind mit den zu erbringenden Restrukturierungsaufgaben letztlich überfordert.

Die Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung zeigen bisher bedingt Tendenzen zur Konvergenz mit der EU an (vgl. Eurostat 2002). Anhand der Entwicklung des BIP pro Kopf (in Kaufkraftstandards) lässt sich danach eine geringe Annäherung an Westeuropa in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, d.h. der Phase der Erholung von der „transformational recession“ (Kornai 1994), für die meisten MOE-Beitrittsländer konstatieren. Tschechien, vor allem aber Bulgarien und Rumänien, haben sich dagegen von der wirtschaftlichen Leistungskraft der EU-Länder eher entfernt. Insgesamt liegt das wirtschaftliche Niveau MOEs nach wie vor deutlich unter dem der EU (im Jahr 2000 zwischen 24% des EU-Durchschnitts in Rumänien und 69% in Slowenien). Dabei lassen sich über den gesamten Zeitraum zwei Gruppen identifizieren – die vorderen Ränge belegen Slowenien, Tschechien, Ungarn und die Slowakei, während die anderen Bewerberländer deutlich niedrigere Werte (unter 40% des EU-Durchschnitts) erreichen.

Dieses Muster starker territorialer Disparitäten zwischen west- und osteuropäischen Ländern verstärkt sich noch durch erhebliche regionale Differenzen: Auf der Ebene der Regionen schwankt das BIP pro Kopf (in Kaufkraftstan-

dards) zwischen 18% des EU-Durchschnitts in der rumänischen Region Nord-Est und 122% in der tschechischen Hauptstadt Prag (Behrens 2002). Nur noch drei weitere MOE-Regionen können – mit großem Abstand zu den übrigen – im (west-)europäischen Vergleich mithalten. Dabei handelt es sich um die slowakische und ungarische Hauptstadtregion (Bratislavský und Közép-Magyarország) sowie Slowenien, das – national betrachtet – etwa das Niveau des schwächsten EU-Mitglieds Griechenland erreicht. Auch eine dynamische Betrachtung für den Zeitraum 1997-1999 zeigt, dass hauptsächlich die Hauptstadtregionen MOEs im Aufholen begriffen sind.

Als Fazit lässt sich an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung nur eine begrenzte Konvergenz ablesen. Die Begrenzung besteht in dreierlei Hinsicht: Zum einen können nicht alle Beitrittsländer eine Annäherung verzeichnen, sondern vor allem die Länder am „westlichen Rand Osteuropas“, etwa die Österreich-Anrainer Slowenien und Ungarn. Zum zweiten ist die Dynamik der Annäherung der meisten MOE-Länder nicht sehr stark, das trifft vor allem auf die baltischen Staaten zu. Angesichts auch der nach wie vor unterdurchschnittlichen Position der Länder der Süderweiterung (Griechenland, Portugal, Spanien) im EU-Leistungsvergleich ist eine aufholende Entwicklung MOEs in absehbarer Zeit äußerst unwahrscheinlich. Drittens schließlich verdankt sich die Dynamik hauptsächlich der Entwicklung der Hauptstädte, während andere Regionen (vor allem ländliche Gebiete und Regionen, in denen ehemals die Schwerindustrie konzentriert war) zurückbleiben.

Selektive Integration

Die Frage nach den Perspektiven einer verstärkten Angleichung muss den Blick auch auf die Zusammensetzung der erreichten Wachstumsraten richten: Wachstum durch Exportsteigerungen im Bereich niedrigwertiger Produkte sichert keine dauerhaften Entwicklungschancen. Damit sind wir bei einem wesentlichen Argument der Peripherisierungsthese: Das Hauptproblem untergeordneter wirtschaftlicher Integration besteht demnach darin, dass eine selektive Einbindung nach den Logiken und Bedürfnissen westlicher Unternehmen stattfindet. Durch die Etablierung einer transnational-hierarchischen Arbeitsteilung werden zwar einige wenige Branchen, Marktsegmente und Regionen aufgewertet, Diffusionseffekte in die gesamte Volkswirtschaft gehen von diesem Prozess jedoch nicht oder zumindest noch nicht aus. Stattdessen erfahren die Nationalökonomien eine polarisierte Entwicklung.

Die ökonomische Integration mit dem EU-Binnenmarkt hat zu intensiviertem Wettbewerbsdruck, Handel und Investitionen geführt. Die EU hat sich zum dominanten ökonomischen Partner MOEs entwickelt, indem westeuropäische Märkte und Investoren eine herausragende Bedeutung für die Entwicklungschancen der Beitrittsländer erlangt haben.

Die Liberalisierung des Außenhandels führte Anfang der 1990er Jahre sehr schnell zu einer Verlagerung der Handelsströme von den Ländern des ehemaligen „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ zur EU sowie – in geringerem Umfang – zur Öffnung gegenüber dem übrigen Weltmarkt. Hierfür waren auch die Arrangements entscheidend, die die EU einführte, um Re-Importe „veredelter“ Güter aus MOE zu erleichtern. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre haben alle zehn mittel- und osteuropäischen Länder ihre Ausfuhranteile in die EU weiter erhöht und ihren Anteil am EU-Markt vergrößert (vgl. Fortschrittsbericht 2001). Im Laufe der letzten zehn Jahre verzeichnet die Region damit den schnellsten Anstieg des Handelsaufkommens mit der EU: Im Jahr 2000 entfielen auf diese Länder rund 11% des gesamten EU-Handels mit Drittländern, gegenüber 6% im Jahr 1992. Dies betrifft vor allem EU-Mitgliedsstaaten in unmittelbarer Nachbarschaft zu MOE. Auch die Zusammensetzung der Handelsströme hat sich kontinuierlich verändert. Die drei reicheren MOE-Länder (Slowenien, Ungarn und Tschechien) sind bereits relativ stark auf intra-industriellen Handel spezialisiert, was eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit anzeigt (vgl. Dauderstädt 2000).

Insgesamt zeigen sich in den 1990er Jahren im Anschluss an die Transformationskrise in der Region Muster eines stark exportorientierten Wachstums (mit einer kurzen Unterbrechung 1998/99), das vor allem auf arbeitsintensiven Branchen beruht (vgl. EBRD 1999). Gleichzeitig konnten aber auch die Exporte relativ kapitalintensiver Produkte erhöht werden, was sich auf erfolgreiche Restrukturierungen der vorhandenen industriellen Basis (z.B. Stahlverarbeitung und Maschinenbau) und vermehrte Auslandsinvestitionen im Vorfeld des EU-Beitritts zurückführen lässt. Auch im know-how-intensiven Hochtechnologiebereich wurden Fortschritte erzielt, was vor allem Ungarn betrifft. Andererseits haben Ungarn, Polen und die baltischen Staaten nach wie vor einen bedeutenden Landwirtschaftssektor, und insbesondere die baltischen Ökonomien stützen sich in großem Maß auf den Export (verarbeiteter) russischer Rohstoffe sowie von Holz.

Die oben dargestellten Dynamiken der sozio-ökonomischen Entwicklung in Europa lassen sich auch auf (verstärkte) technologische Differenzen zurückführen: Kapitalintensive Investitionen werden zunehmend auf einige wenige Kerngebiete (Hauptstadregionen und westliche Grenzregionen) konzentriert, die meisten Regionen im Zuge der Integration und Restrukturierung der Wirtschaft jedoch peripherisiert. Gleichzeitig findet eine sektorale Differenzierung statt. In den 1990er Jahren kamen etwa zwei Drittel der Nettokapitalströme nach MOE aus der EU, Direktinvestitionen wurden im Zusammenhang mit der Privatisierung etwa zur Hälfte in strategischen und staatsnahen Sektoren getätigt – z.B. in Finanzinstitutionen (Banken) und öffentlichen Versorgungsbetrieben, vor allem Telekommunikation (vgl. Fortschrittsbericht 2001). Die andere Hälfte entfiel auf exportorientierte Branchen, vor allem re-

lativ arbeitsintensive Industrien wie Textil, Bekleidung, Elektrotechnik und Kraftfahrzeuge.

Ausländische Direktinvestitionen als wichtigste Form privaten Kapitalzuflusses in die Region steigerten sich besonders in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, insgesamt waren es 1989-2000 über 82 Mrd. US\$ (EBRD 2001). Bezogen auf die Bevölkerung wurde in Tschechien, Ungarn und Estland überdurchschnittlich investiert. Diese Attraktivität für langfristige Investitionen unterscheidet MOE deutlich von anderen Transformationsländern und lässt sich auf relativ stabile und günstige Wirtschaftsbedingungen, die Nähe zu westeuropäischen Märkten in Verbindung mit dem erwarteten EU-Beitritt sowie die wachsenden Binnenmärkte zurückführen. Gleichzeitig sind diese Kapitalzuflüsse im internationalen Vergleich trotzdem als begrenzt und selektiv einzuschätzen. Das lässt zum einen darauf schließen, dass sowohl Markterschließungs- als auch Effizienz motive eher vereinzelt zu Investitionsentscheidungen in MOE geführt haben. Zum anderen gibt es Hinweise darauf, dass EU-Firmen, die nach MOE expandiert sind, im Rahmen von Produktionsnetzwerken relativ starken Gebrauch von Kooperationen mit unabhängigen Firmen in der Region gemacht haben, die in Direktinvestitionsdaten nicht erfasst werden (Pellegriin 1999).

Die ökonomische Dimension der EU-Integration zeigt also eine relativ starke und gezielte innereuropäische Einbindung an. Strukturell trugen selektive Investitionen und Exporte zunächst vor allem zur Entwicklung bestimmter arbeitsintensiver Branchen bei, wobei diese vom Zugang zu den westeuropäischen Märkten abhängig blieben. Dies spricht für zwei Formen der Integration in die europäische Arbeitsteilung: Erstens hat eine periphere Einbindung in gesamteuropäisch organisierte Produktionsprozesse stattgefunden, indem z.T. routinierte, unqualifizierte Tätigkeiten, aber auch qualifizierte Fabrikation nach MOE verlagert wurden. Damit wurde das große Angebot billiger bzw. ausreichend qualifizierter Arbeitskräfte in dieser Region genutzt, während Konzeption, Planung und Organisation der Arbeit im Rahmen einer fordistischen Arbeitsteilung bei westeuropäischen Unternehmen liegen. MOE spezialisierte sich also auf nachgeordnete Aufgaben innerhalb gesamteuropäischer vertikaler Produktionsketten (für das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie vgl. Musiolek 1999; für interne Voraussetzungen und Konsequenzen dieser Art der Integration am Beispiel Ungarns vgl. Czaban and Henderson 1998). Zweitens konnte in den arbeitsintensiven Bereichen die Lohndifferenz ausgenutzt werden, um mit flexibler und taylorisierter Arbeit eine komplementäre Produktion zu qualifizierter, sozial eingebundener Arbeit aufzubauen. Das Beispiel des Joint-venture Skoda/VW scheint geeignet, diese Art europäischer Integration zu verdeutlichen: Beide Firmen stellen ähnliche Produkte her (nämlich Autos, z.T. mit den gleichen Produktkomponenten), allerdings mit je spezifischen Kombinationen der Faktoren Kapital und Arbeit

(vgl. Dörr/Kessel 1999). Diese historisch neuere Form der internationalen Arbeitsteilung ermöglicht zielgruppenorientiertere Markterschließungsstrategien unter den Bedingungen zunehmender Marktsegmentation und flexibler, kundenorientierter Produktion. Die Produktionsstandorte stehen dabei aber nicht gleichberechtigt nebeneinander bzw. miteinander im Wettbewerb, sondern in einem Zentrum-Peripherie-Verhältnis und bedienen höher- bzw. niedrigwertige Segmente.

Schlußfolgerungen

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auf der politischen Seite die EU-Integration aufgrund der Bedingungen des Beitrittsprozesses mit großen Asymmetrien verbunden ist. Die EU übt in MOE einen beispiellosen Druck auf die Reform der Institutionensysteme aus, der stark durch das Projekt der negativen Integration geprägt ist. Während die MOE-Länder die ersten Transformationsjahre zum Teil noch durch soziale Erbschaften aus staatssozialistischer Zeit abfedern konnten, was ihnen eine gewisse soziale Flexibilität und Stabilität sicherte und auch eine Voraussetzung für ihre wirtschaftliche Integrationsfähigkeit und Entwicklung darstellte (vgl. Brusis 1999), sind die entsprechenden Konsequenzen der Bemühungen um Beitrittsfähigkeit zumindest fraglich. Auch der endgültige Beitritt wird vermutlich zwar eine weitgehende formale, aber keineswegs eine faktische politische Gleichstellung der neuen Mitglieder mit den alten bringen. Absehbar ist bereits jetzt, dass die EU-Unterstützung der neuen Mitglieder über die gemeinsame Struktur- und Agrarpolitik wesentlich geringer ausfallen wird als die, die bisherige Mitglieder erhalten haben.

Auf der ökonomischen Seite ist es – trotz bzw. gerade wegen der Art und Weise der relativ fortgeschrittenen Integration in die europäische Arbeitsteilung – ebenfalls zweifelhaft, inwieweit die EU-Beitrittskandidaten ihre vorhandenen Entwicklungspotentiale (Qualifikationsniveau, industrielle Strukturen usw.) nutzen können, um das Wohlstandsgefälle zu Westeuropa zu überwinden. Damit von den beschriebenen selektiven Integrationsmustern bedeutende Entwicklungsimpulse für die gesamte Region ausgehen können, müssten sie zum einen mit lokalen und regionalen Kooperationen und Produktionsnetzwerken verknüpft werden. Dies erfordert unter anderem eine entsprechende Industriepolitik, die die Ausbildung des notwendigen Know-how fördert und Investitionen in Infrastrukturen tätigt. Die entsprechenden staatlichen Kapazitäten sind in MOE bislang nicht vorhanden, der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum der Nationalstaaten wird zudem durch die EU-Mitgliedschaft eingeschränkt. Zum anderen ist nicht abzusehen, wie angesichts der Marktmacht etablierter westlicher Unternehmen auf weitgehend gesättigten Märkten echte Konkurrenz durch MOE-Firmen erwachsen kann.

Chancen für eine kohärentere Entwicklung bieten sich von daher nur über die Erschließung neuer Märkte, für die den MOE-Unternehmen bislang meist die Voraussetzungen fehlen. Abzusehen ist, dass die Absatzchancen der MOE-Unternehmen auf dem EU-Markt kaum, der Konkurrenzdruck der EU-Anbieter in MOE durch die Anwendung der Binnenmarktregeln jedoch spürbar zunehmen wird.

Man kann daher durchaus festhalten, dass MOE auf dem Weg in eine europäische Peripherie ist – vielleicht in eine „privilegierte“ Form, aber dennoch mit ungleichen Entwicklungschancen. EU-Agenda und nationale Integrationsvoraussetzungen führen in ihrem Zusammenspiel zu einer selektiven Einbindung MOEs in die europäische Arbeitsteilung, mit der nur einzelne Branchen, Marktsegmente und Regionen aufgewertet werden. Gesamtgesellschaftlich sind daher entsprechend polarisierte regionale und soziale Entwicklungen zu beobachten, wie sich beispielsweise an der Dynamik der Arbeitsmärkte ablesen lässt.

3. Russland: Was heißt offene Weltmarktintegration?

Den weniger klar vorstrukturierten Transformations- und Integrationspfad, den wir im Gegensatz zum oben gesagten für die GUS skizzieren wollen, werden wir überwiegend am Beispiel Russlands, mit kursorischen Bezügen auf Belarus und die Ukraine darstellen. Die Länder der ehemaligen Sowjetunion, bis auf den Sonderfall Baltikum, sind von Beginn an aus dem EU-Integrationsmodell eindeutig ausgeklammert worden. Diese Herangehensweise wurde schon 1989 mit der Entscheidung des Europäischen Rates in Straßburg deutlich, spezielle Abkommen mit allen zentral- und osteuropäischen Ländern außer der damaligen Sowjetunion einzuleiten (vgl. Lippert 1995:54, Weidenfels/Wessels 1994: 288, exemplarisch für Belarus: Neunhöffer 2001: 87ff). Sie zeigt sich auch in der Schaffung zweier unterschiedlicher Programme zur Unterstützung der Transformation – PHARE für Mittel- und Osteuropa und TACIS für die GUS:

„When launching the idea of Europe or special type Association agreements and the PHARE activities as well, it became obvious that the EC was going to disjunct the treatment of the Soviet Union and later on the CIS-republics from its policy vis-à-vis the CEE countries (Lippert 1995: 64).

Die Grenzziehung wurde zum Teil historisch-kulturell begründet, dürfte ihren Grund aber vor allem in Überlegungen haben, welche Länder aufgrund ihrer Größe, Bevölkerungszahl, geographischer Position, Entwicklungsstand und eben auch historischen Bezügen als (peripherer) Teil der EU von Interesse und „zu verkraften“ wären. Dabei ist die EU durchaus in der Lage, flexibel auf Veränderungen der politischen und strategischen Situation einzugehen, wie der Übergang der baltischen Staaten in den Kandidaten-Status einerseits,

das Zurückstufen von Bulgarien und Rumänien in die zweite Reihe der EU-Kandidaten andererseits zeigt.

Die klare Abgrenzung und das Abblocken einer Beitrittsperspektive bedeutet nicht, dass die EU sich ganz aus dem post-sowjetischen Transformationsbusiness zurückgezogen hätte. Vor allem mit den TACIS-Programmen gibt es nicht unwesentliche Instrumente der Einflussnahme. Jedoch ist mit der fehlenden Zielperspektive „EU-Beitritt“ sowohl ideell als auch institutionell ein wichtiges Element der europäischen *carrots-and-sticks*-Politik, wie sie gegenüber MOE funktioniert, weggefallen.

Damit ist die Rolle der EU in diesen Ländern eher vergleichbar mit der von internationalen Institutionen wie IWF und Weltbank, die über ihre Kredit- und Unterstützungsprogramme versuchen, spezifische Modelle und Entwicklungen voranzutreiben. Die „offene“ Integration in den globalen Kapitalismus wird also nicht durch regionale Integration gesteuert, koordiniert oder gar abgedeckt. Der Unterschied besteht jedoch nicht nur in der verringerten Durchsetzungskraft, sondern auch in der eingeschränkteren Zielsetzung, Reichweite und Attraktivität des vorgeschlagenen „Modells“. Der *Washington Consensus* ist wesentlich weniger vertieft als der Brüsseler *acquis communautaire* – was nicht heißt, dass er mit weniger Vehemenz eingefordert würde. Jedoch übertragen die Vorschläge des IWF im allgemeinen lediglich ein Skelett makroökonomischer Politik mit einer Betonung von Liberalisierung, monetärer Stabilisierung und Privatisierung, ohne den zugrunde liegenden institutionellen Kontext und resultierende soziale Probleme in ihre Konzepte mehr als rhetorisch einzubeziehen. Der Entwurf und die Durchführung ökonomischer Reformen nach *text book models* ist im Nachhinein vom ehemaligen Chefökonom der Weltbank und letztjährigen Nobelpreisträger, Joseph Stiglitz, am Beispiel Russlands als fundamentales Missverstehen der Funktionsformen moderner Marktökonomien scharf kritisiert worden.

„[Market reformers] tried to take a shortcut to capitalism, creating a market economy without the underlying institutions, and institutions without the underlying institutional infrastructure.“ (Stiglitz 2002: 139)

Die inzwischen vielfach kritisierte Transformationsstrategie und ihre Konsequenzen sind aber nicht Resultat eines „Diktats“ von außen, obwohl der IWF und westliche Regierungen beträchtliche Energien und Mittel zu ihrer Unterstützung einsetzten. Sie hatte ihren Rückhalt in der kleinen Schicht der russischen Gesellschaft, die sich unter diesen Bedingungen das ehemalige Staatseigentum und die Profite aus dem Ressourcenexport aneignen konnte, den Außenhandel dominierte und die daraus gezogenen Gewinne größtenteils ins Ausland transferierte. Deren Interesse war allerdings weniger, eine Marktwirtschaft nach Textbuch zu schaffen, sondern gerade die Unübersichtlichkeit, Intransparenz und institutionellen Schwächen des entstehenden *wild-east-capitalism* mit Hilfe von Insider- und Netzwerkstrukturen für die persönliche

Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums zu nutzen. Andererseits bildeten informelle Netzwerke und Strukturen sowie die Rückkehr zu Subsistenz- und halbproletarischen Lebensformen den Rückzugsraum, der für einen Großteil der Bevölkerung das Überleben absicherte. Andere, strukturiertere Formen gesellschaftlichen Widerstands hatten einerseits eine schwache Ausgangsbasis, wurden andererseits aber auch mit Gewalt gebrochen, wie die Stürmung und Auflösung des russischen Parlaments im Oktober 1993 deutlich machte.

Neoliberale Weltmarktintegration

Integration in den globalen Kapitalismus war unter diesen Umständen ein zumindest formal relativ ungeschützter, institutionell kaum unterfütterter Prozess, vorangetrieben durch die Liberalisierung von Kapitalbewegungen und Handel.

Am schnellsten verlief die Integration in internationale Kapitalmärkte, die jedoch nur in Ausnahmefällen zum Zufluss von Kapital führte. Spekulative Portfolioinvestitionen in kurzfristige Staatsanleihen waren Mitauslöser für die schwere Finanzkrise 1998, in deren Folge der Zufluss auswärtigen Kapitals stark zurückging. Dagegen ist der – meist inoffizielle – Abfluss von Kapital die 1990er Jahre hindurch beträchtlich geblieben: die Kapitalflucht beträgt nach manchen Schätzungen bis zu 300 Mrd. US-Dollar in den letzten zwölf Jahren, allein 2001 waren es noch mindestens 20 Mrd. US-Dollar (JRL, 19.6.2002). Die Verlagerung von Kapital in Offshore-Finanzzentren und auf Schweizer Nummernkonten trägt damit zur Investitionsschwäche und mangelnden Modernisierungsdynamik erheblich bei.

Ein weiteres Problem ist die Verschuldung, die einen beträchtlichen Teil des föderalen Budgets frisst. Die Zinszahlungen und Tilgungen übersteigen den Zufluss westlicher „Hilfen“ (die auch meistens in Form von rückzahlbaren Krediten und nicht als Zuschüsse oder „Entwicklungshilfe“ vergeben werden) beträchtlich. Die russische Regierung muss derzeit 27,3% ihrer Einnahmen für den Schuldendienst aufwenden, insgesamt beträgt die Verschuldung 40% des BIP (IWF 2002: 29).

Die direkte Konfrontation mit dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt hat die Wirtschaftskrise vertieft und zum Bankrott vieler Bereiche der russischen Wirtschaft geführt, die mit fortgeschrittenen westlichen Technologien einerseits, billigen Konsumgütern aus Weltmarktfabriken andererseits nicht Schritt halten konnten. Gerade komplexe Technologien, in denen die Sowjetunion trotz erheblicher Anstrengungen einen Rückstand zu verzeichnen hatte, sind davon betroffen (vgl. Castells 1998 zum Elektroniksektor), aber auch einfachere Konsumgüter. Überlebensfähig und imstande, ihre Waren darüber hinaus auf dem Weltmarkt zu vermarkten, waren in dieser Umgebung in erster Linie rohstofffördernde und -vorverarbeitende Branchen, insbesondere Me-

tallurgie und Energierohstoffe. Damit kommt es zu einer weiteren Primitivierung des russischen Außenhandels, die zwar nach einer statischen Theorie komparativer Wettbewerbsvorteile vorteilhaft „für alle“ ist, de facto jedoch weitere Entwicklung auf Basis der bisherigen Industrialisierung effektiv abschneidet.

Die Folgen dieser negativen Integration in die Weltwirtschaft sind vor allem fatal für langfristige Perspektiven: die Einbindung Russlands in die internationale Arbeitsteilung findet nur in einigen eng begrenzten Teilbereichen, nämlich den Rohstoffsektoren statt. Diese können jedoch bei weitem nicht genug Arbeitsplätze generieren, während gleichzeitig die Produktion für den Binnenmarkt unter der Wirtschaftskrise und der Importkonkurrenz leidet – die effektive Marginalisierung weiter Bevölkerungsteile ist die Folge.

Russland fehlt, extremer als MOE, die „Nische“ für die Integration in internationale Produktionsnetzwerke, selbst in untergeordneter Position. Im Gegensatz z.B. zum Transformationsland China ist in Russland keine intensive Integration in die internationale Arbeitsteilung als Billiglohnproduzent für arbeitsintensive Produkte zu verzeichnen.

Für die komplexe Einbindung als entwickelte Peripherie á la MOE in den europäischen Wettbewerbsstaat dagegen reichen weder dessen Kapazitäten noch die institutionellen Voraussetzungen in der Russischen Föderation aus. Für beide Formen sind die institutionelle und rechtliche Unsicherheit und Intransparenz, der sprichwörtliche russische Insider- und Mafia-Kapitalismus ein entscheidendes Hindernis, weil ausländische Investoren aus den entscheidenden Netzwerken ausgeschlossen und mit den informellen Regeln und Normen nicht vertraut sind, und damit Investitionen unattraktiv werden.

Die Verfolgung makroökonomischer Konzepte durch russische „Reformer“, internationale Institutionen und diverse Berater hat damit im Verbund mit der „offenen“ Weltmarktintegration zur Transformationskrise und zur strukturellen Peripherisierung Russlands beigetragen. Einerseits wurden durch die neoliberal inspirierte Konzentration auf Liberalisierung, Stabilisierung und Privatisierung die Bedingungen für Investitionen und Restrukturierung der Produktionsstrukturen untergraben (vgl. Stiglitz 2002), andererseits hat die periphere Integration den Kapitalmangel noch entscheidend verschärft.

Gesellschaftliche Konsequenzen

Gemessen an Wirtschaftsleistung und Lebensstandard erfährt Russland in den 1990er Jahren einen deutlichen Rückfall im weltweiten Vergleich – auch mehr als zehn Jahre nach Beginn der schocktherapeutischen Reformen ist noch keine stabile wirtschaftliche Erholung eingetreten. Das BIP pro Kopf erreichte Mitte der 1990er Jahre etwa ein Viertel des US-amerikanischen bzw. ein Drittel des deutschen Wertes. 2001 erreichte Russland offiziell 65,7% seines

BIP von 1990 (Belarus 88,8%, Ukraine 43,2%, zum Vergleich: Deutschland 117 %, Daten nach Goskomstat 2001: 381).

Darüber hinaus sind die Lasten der Krise extrem ungleich verteilt, soziale Ungleichheit hat enorm zugenommen, während die Mittelklassen als absolute Verliererinnen des Transformationsprozesses bezeichnet werden. Ebenso wie in MOE hat die Transformation in Russland auch zu einer verschärften Spaltung in interne Peripherie- und Zentrums-Regionen geführt. Moshawev (2002) stellt eine klare Korrelation zwischen global integrierten Regionen, vor allem Rohstoffexporteuren und Handelszentren, und der regionalen Verteilung des BIP fest. Spitzenreiter nach allen Maßstäben ist die Stadt Moskau, die ein wesentlich höheres Einkommens- aber auch Preisniveau verzeichnet. So betragen die offiziellen durchschnittlichen Monatseinkommen 1999 in Moskau 6.859,1 Rubel (ca. 278 \$), während der russische Durchschnitt bei 1.608,6 Rubel (65 \$) lag. In den ärmsten Gebieten wurde unter 500 Rubel im Monat verdient (Goskomstat 2000: 143ff).

Mit dem Machtantritt Präsident Putins ist vielfach eine neue Qualität der russischen Transformation konstatiert worden. Diese manifestiert sich einerseits in einer zumindest rhetorischen Hinwendung zum „starken Staat“, andererseits in der Durchführung verschiedener wichtiger Gesetzesreformen, wie der Steuerreform und Reform des Arbeitsrechts. Unterfüttert wurde diese Konsolidierung des russischen Staates durch den Wirtschaftsaufschwung nach 1998 aufgrund hoher Ölpreise und des verbesserten wirtschaftlichen Binnenklimas nach der drastischen Abwertung des Rubels.

Die veränderte Reform-Strategie wird auch nach außen im Versuch einer „geordneteren“ Integration in den globalen Kapitalismus wirksam, vor allem in Form des verstärkt verfolgten Beitritts zur WTO. An diesem Beispiel wollen wir im folgenden den Charakter der Veränderungen deutlich machen.

Über die Vor- und Nachteile des WTO-Beitritts wird in Russland kontrovers diskutiert. Während Kritiker argumentieren, dass bei einem Beitritt bestimmte Sektoren (z.B. die Autoindustrie) aufgrund ihrer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit durch entsprechende Marktöffnungsklauseln zum Untergang verdammt seien, betonen die Befürworter, dass der WTO-Beitritt nur Reformschritte beschleunige und extern absichere, die sowieso nötig seien, und im übrigen die Nutzung komparativer Kostenvorteile Russlands (sprich: die Konzentration auf Rohstoffproduktion) in einer für alle Beteiligten vorteilhaften Konstellation erleichtere. Ein Nichtbeitritt würde Russland dagegen verschärften Sanktionen seitens der Mitgliedsländer aussetzen. Die Argumentation ähnelt in erstaunlicher Weise der in MOE anzutreffenden bezüglich des EU-Beitritts. Die Unterschiede sind allerdings offensichtlich: So ist die WTO bisher vor allem ein Freihandelsabkommen, und auch weitgehende Eingriffe in die interne Regulation einzelner Ländern werden mit Freihandelsargumenten (nichttarifäre Handelshemmnisse usw.) begründet. Dagegen be-

steht noch nicht einmal rhetorisch ein Projekt der politischen oder gar sozialen Integration vergleichbar der EU. Das Muster der neoliberalen Integration Russlands würde damit durch den WTO-Beitritt fortgesetzt.

Die periphere Integration Russlands wird also unter Putin weiter vorangetrieben, ändert aber ihren Charakter. Mit der Konsolidierung russischer transnationaler Kapitalgruppen nach den chaotischen 1990er Jahren sind die Binnen-Voraussetzungen einer Weltmarkt-Integration nach den allgemeinen „Spielregeln“ geschaffen worden:

„In the early 1990s, Russia's newly formed business class feared the presence of major Western investors in Russia. Western companies had much greater resources and experience and could have bought up all of the country's choice assets in two ticks. Now that the divvying-up of property has basically been completed, the oligarchs are in a strong position. After three years of economic growth and high oil prices, they have accumulated sufficient funds for expansion beyond Russia's borders. To achieve this, they are willing to remove many restrictions protecting the domestic market.“ (Kagarlitsky 2001)

Allerdings ist dieser Prozess nicht konfliktfrei. Während diejenigen russischen Kapitalgruppen, die inzwischen selbst transnationalisieren, dem WTO-Beitritt wohlwollend gegenüberstehen, sind die mehr binnenmarktorientierten Lobby skeptischer. Insofern zeichnen sich auch bei einem konsistenteren Projekt neoliberaler Transformation unter Putin entlang der Frage des Pfades transnationaler Integration beträchtliche Interessengegensätze in Staat und Gesellschaft ab.

Ausblick

Ob die durch die Anpassung an die WTO-Regulierung vermeintlich hergestellte Rechtssicherheit den ersehnten Boom ausländischer Investitionen oder den Rücktransfer des Offshore-Kapitals bringen wird, ist bisher kaum abzusehen. Immerhin ist in einigen Konsumgüterbranchen, wie z.B. in der Lebensmittelindustrie, seit der Rubelkrise 1998 ein gewisser Aufschwung der Produktion und auch der Investitionstätigkeit zu verzeichnen. Gleichzeitig sind durch zehn Jahre Transformationskrise die sozialen Erwartungen einiger Bevölkerungsschichten möglicherweise soweit abgesenkt worden, dass Billiglohnproduktion bald profitabel werden könnte. Nicht auszuschließen ist also, dass ausländische Investitionen in den nächsten Jahren auch in Russland zunehmen, vorausgesetzt dass die rechtlichen Bestimmungen und staatlichen Garantien für Investitionssicherheit geschaffen und umgesetzt werden.

Selbst in diesem Fall ist jedoch nicht absehbar, woher die immensen Mittel kommen sollten, die für eine tatsächlich flächendeckende Modernisierung der Produktionsstrukturen sorgen könnten. Die Anpassung an international wettbewerbsfähige Produktionsstrukturen bleibt vorerst einem relativ kleinen Segment vorbehalten. Darüber hinaus ist bisher keine gesellschaftliche Kräftekonstellation abzusehen, die die Einnahmen z.B. aus dem Rohstoffexport

für die Bewältigung dringender Aufgaben wie die Renovierung und Modernisierung von Infrastruktur, Sozial- und Bildungssystemen mobilisieren könnte. Aufbauend auf den in den 1990er Jahren entstandenen extrem ungleichen regionalen, sektoralen und sozialen Ausgangsbedingungen wird damit die Selektivität der transnationalen Integration fortgesetzt. Während einerseits Inseln global integrierter (oder zumindest wettbewerbsfähiger) Produktionsnetzwerke entstehen, bleibt weiterhin der informalisierte, prekarierte Sektor als Überlebensökonomie bestehen, soziale Spannungen werden eher durch den autoritären Staat am Boden gehalten als gelöst.

Einstweilen bleibt Russland einer sogar eher „traditionellen“ als „modernen“ Form der Peripherisierung verhaftet, indem es klassisch als Rohstofflieferant und Absatzmarkt für Konsumgüter in die internationale Arbeitsteilung eingebunden ist, während die aus der sozialistischen Industrialisierung erwachsene einheimische Basis bisher noch nicht zum Sprung ins postfordistische Zeitalter ansetzt.

4. Schluss

Mehr als ein Jahrzehnt nach dem Beginn des Systemwechsels haben sich die mittelosteuropäischen und die GUS-Länder stark auseinanderentwickelt. Unterschiedliche Ausgangsbedingungen und historische Wurzeln erklären nur unzureichend die disparaten wirtschaftlichen, politischen und sozialen Konstellationen, die sich im Laufe der Transformationsprozesse ausgebildet haben. In unserem Beitrag haben wir einen anderen Faktor hervorgehoben – die angestrebte EU-Integration und ihre Konsequenzen für unterschiedliche regionale Entwicklungen. Im allgemeinen wird der EU-Beitritt als Ergebnis und quasi Lohn für erfolgreiche Entwicklung interpretiert. Umgekehrt lässt sich jedoch argumentieren, dass der Beitrittsprozess selbst die Entwicklungsdynamik stark beeinflusst hat. Allerdings sind – siehe die Beispiele Rumänien und Bulgarien – nicht alle Bewerberländer in der Lage, die geforderten erheblichen Anpassungen zu vollziehen. Ebenso wie andere osteuropäische Länder, denen gar nicht erst die Option auf einen Beitritt offeriert wurde, verharren sie damit vorläufig in einem Zwischenstatus.

Wichtig für die Entwicklung der Bewerberländer sind die konkreten Hilfsprogramme und die Anbindung an EU-Projekte schon im Vorfeld des Beitritts, vor allem aber die Übertragung des institutionellen und rechtlichen Rahmens, der von einem EU-Beitrittsland gefordert wird, und damit die Herstellung klarer und verlässlicher Bedingung für ein Engagement transnationalen Kapitals. Die Integration in die internationale Arbeitsteilung findet deshalb vor allem als selektive Anbindung an die westeuropäischen Produktionsnetzwerke statt. Mit der daraus resultierenden internen räumlichen und sozialen Fragmentierung müssen die mittelosteuropäischen Länder im wesent-

lichen selbst umgehen, ohne dass die EU dafür die notwendigen Instrumente zur Förderung gesellschaftlicher Kohärenz bereitzustellen gewillt ist. Die im neoliberalen EU-Integrationsmodells angelegte zunehmende Polarisierung ohne Abfederung trifft in den mittelosteuropäischen Ländern auf eine relativ schwache sozio-ökonomische Basis und droht damit die ohnehin prekäre Lage vieler randständiger Bevölkerungsschichten noch zu verschärfen, mit schwer einzuschätzenden sozialen und politischen Folgen.

Alternativen sind allerdings schwierig zu definieren, solange die Dichotomie „Neoliberale Transformation mit oder ohne EU“ aufrechterhalten wird: die „offenere“ Weltmarktintegration, die wir am Beispiel Russlands diskutiert haben, führt hier bislang zu einer klassisch peripheren Einbindung in die Weltwirtschaft als Rohstofflieferant und Absatzmarkt für Industrieprodukte, die noch weniger Entwicklungsperspektiven eröffnet. Angesichts relativ geringer staatlicher Steuerungsfähigkeit und gesellschaftlicher Selbstorganisation, die durch die neoliberale Transformationspolitik weiter geschwächt worden sind, und der Abwesenheit eines externen Durchsetzungs- und Absicherungsmechanismus wie der EU-Integration, bleiben die Verwertungsbedingungen prekär und die Einbindung in transnationale Produktionsnetzwerke ein Ausnahmefall. Im Zuge der Konsolidierung russisch-transnationaler Kapitalgruppen scheinen diese zwar ein Interesse an der Durchsetzung transparenter, für alle gültiger marktwirtschaftlich-neoliberalen Regeln, z.B. durch den WTO-Beitritt zu gewinnen. Diese Entwicklung, manifestiert durch den konsequenteren Reformkurs der Regierung Putin, kann jedoch nur Teile der gespaltenen russischen Ökonomie integrieren, während die traditionellen, kapitalschwachen postsowjetischen Unternehmen der verstärkten Binnenkonkurrenz einstweilen durch „muddling-through“-Aktivitäten zu begegnen versuchen. Ein Großteil der Bevölkerung hat auf die Zumutungen der Transformation mit einem Rückzug in informelle, z.T. Subsistenz-Strukturen reagiert. Die periphere Situation schlägt sich somit hier ebenfalls in einer Fragmentierung und Polarisierung der Ökonomie entlang verschiedener Branchen, aber auch innerhalb einzelner Branchen nieder, wobei der global integrierte Sektor relativ klein bleibt. Die negative Integration ohne ein begleitendes gesamtgesellschaftliches Projekt lässt damit zwar mehr Spielraum für postsozialistisch-informelle Überlebensstrategien (und muss sie lassen, um soziale Explosionen zu vermeiden), ihr fehlt jedoch nach wie vor eine Entwicklungsperspektive, die über diese Überlebensstrategien hinausgeht.

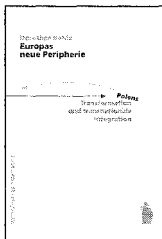
Literatur

- Arrighi, Giovanni (1990): The Developmentalist Illusion. A Reconceptualization of the Semiperiphery, In: Martin, William G. (1990): *Semiperipheral States in the World-Economy* (Studies in the Political Economy of the World-System), New York: Greenwood Press, 11-42.
- Behrens, Axel (2002): *Regionales Bruttoinlandsprodukt in den Bewerberländern 1999*, Statistik kurz gefasst, Thema 1 - 2/2002, Europäische Gemeinschaften.

- Berend, Ivan T. (1996): *Central and Eastern Europe, 1944-1993. Detour from the periphery to the periphery*. Cambridge University Press.
- Bohle, Dorothee (2002): *Europas neue Peripherie. Polens Transformation und transnationale Integration*. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Brusis, Martin 1999: Residual or European welfare model? Central and Eastern Europe at the crossroads, in: ders. (Hg.): *Central and Eastern Europe on the Way into the European Union: Welfare State Reforms in the Czech Republic, Hungary, Poland and Slovakia*, 1-20.
- Candeias, Mario (1999): Regimewettbewerb. Die Neuordnung des Verhältnisses von Zentren und Peripherien, in: *Berliner Debatte INITIAL* Bd. 10 , Nr. 4/5, 68-84.
- Castells, Manuel (1998). Paths and Problems of the integration of Post-Communist Russia into the Global Economy: A Concept Paper. In: S. S. Cohen, A. Schwartz and J. Zysman (eds.), *The Tunnel at the End of the Light: Privatization, Business Networks, and Economic Transformations in Russia*. Berkeley, University of California.
- Czaban, Laszlo und Henderson, Jeffrey (1998): Globalization, institutional legacies and industrial transformation in Eastern Europe, in: *Economy and Society*, Bd. 27, Nr. 4, 585-613.
- Dauderstadt, Michael (2000): Die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten der ersten Reihe auf dem Weg in die Europäische Union, in: Lippert, Barbara (Hg.): *Osterweiterung der Europäischen Union - die doppelte Reifeprüfung*, Bonn: Europa Union Verlag, 167-221.
- Dörr, Gerlinde und Kessel, Tanja (1999): *Mehr als ein Nullsummenspiel? Die neue Standortkonkurrenz zwischen Ost und West*, Discussion paper FS II 99-203, Wissenschaftszentrum Berlin.
- EBRD(1999): European Bank for Reconstruction and Development, *Transition Report 1999. Ten years of transition*, London.
- EBRD (2001): European Bank for Reconstruction and Development, *Transition Report update*, London.
- Eurostat (2002): *Die Beitrittsländer*.
- Fortschrittsbericht (2001): *Die Erweiterung erfolgreich gestalten*. Strategiepapier und Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt.
- Gordon, Richard (1995): Globalization, New Production Systems and the Spatial Division of Labour, in: Littek, Wolfgang, und Tony Charles (1995): *The New Division of Labour. Emerging Forms of Work Organization in International Perspective*, Berlin/New York, de Gruyter, 161-208.
- Goskomstat (2000): *Rossijskij statisti•eskij e•egodnik*. Statisti•eskij zbornik. Moskva, Goskomstat Rossii.
- Goskomstat (2001): *Rossija v tsifrach*. Kratkij statisti•eskij zbornik. Ofitsial'noe izdanie. Moskva, Goskomstat Rossii.
- Gowan, Peter (2000): The Peripheralisation of Central and Eastern Europe in the 1990s, in: *Labour Focus on Eastern Europe* Nr. 65, 43-73.
- Grabbe, Heather (1998): *A Partnership for Accession? The Implication of EU Conditionality for the Central and East European Applicants*. San Domenico di Fiesole: Robert Schuman Centre Working Paper.
- IWF (2002): *Russian Federation*. Country Report No. 02/74, www.imf.org
- JRL: *Johnson's Russia List*, www.cdi.org/russia/johnson
- Kagarlitsky, Boris (2001) *Facing WTO Life Sentence*, in: znet daily commentaries, October 28, 2001: www.zmag.org/sustainers/content/2001-10/28kagarlitsky.cfm
- Kornai, János 1994: Transformational Recession - The Main Causes, In: *Journal of Comparative Economics* Bd. 19, Nr 1, 39-63.
- Krassil's•ikov, V.A. (2001): Report on EADI-MEMO Workshop. *The Challenge of Globalisation and the Development of Large (Semi)peripheral countries (China, India, Russia, Brazil, RD Congo)*: www.eadi.org/news/ReportMoscowWorkshop.pdf
- Lippert, Barbara (1995): EC-Ostpolitik Revisited: Continuity and New Approaches, in: Lippert, Barbara und Heinrich Schneider (1995): *Monitoring Association and Beyond: The European Union and the Visegrád States*, Bonn: Europa Union Verlag.
- Martin, William G. (1990): *Semiperipheral States in the World-Economy (Studies in the Political Economy of the World-System)*, New York: Greenwood Press.
- Martin, Roderich (1998): Central and Eastern Europe and the International Economy: The Limits of Globalization, in: *Europe-Asia Studies* Bd. 50, Nr. 1, 7-26.

- Moshaew, Pawel (2002): Regionen Russlands. Gewinner und Verlierer im Transformationsprozeß im Zuge der Globalisierung, in: *Gewinner und Verlierer post-sozialistische Transformationsprozesse. Beiträge für die 10. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten*. Arbeitspapier der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen, Nr. 36, 101-105.
- Musiolek, Bettina (1999): Die Informalisierung der Textil- und Bekleidungsproduktion am historischen und aktuellen osteuropäischen Beispiel, in: *PROKLA*, Heft 117, 29. Jg., Nr. 4, 579-601.
- Neunhöffer, Gisela (2001): *Belarus und die internationale politische Ökonomie. Globale Zwänge – autoritäre Antwort*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Pellegrin, Julie (1999): *German Production Networks in Central/Eastern Europe. Between Dependency and Globalisation*, Discussion Paper FS I 99-304, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Scharpf, Fritz W. (1999): *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?*, Frankfurt/Main: Campus.
- Staniszki, Jadwiga (1995): Peripheral hybrids, Interview with Jadwiga Staniszki by Michael D. Kennedy, in: *Periphery*. Bd. 1, Nr. 1, April 1995, www.personal.engin.umich.edu/~zbigniew/Periphery/No1/hybrids.html
- Stiglitz, Joseph (2002): *Globalization and its Discontents*. New York/London: W.W. Norton & Company.
- Weidenfels, Werner und Wolfgang Wessels (1994): *Europa von A-Z. Taschenbuch der Europäischen Integration*. 3. aktualisierte Auflage, Bonn, Europa Union Verlag.
- Williamson, John (1990): „What Washington Means by Policy Reform.“, in ders. (Hg.): *Latin American Adjustment: How much has happened?*, Washington: Institute for International Economics, 7-24.

www.dampfboot-verlag.de



Dorothee Bohle
Europas neue Peripherie:
Polens Transformation
und transnationale Integration
 2002 – 341 Seiten – € 35,00 – SFR 62,00
 ISBN 3-89691-519-3

Gisela Neunhöffer
Belarus und die internationale
Politische Ökonomie
Globale Zwänge – autoritäre Antwort
 2001 – 171 Seiten – € 20,50 – SFR 37,50
 ISBN 3-89691-511-8



WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
 Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020 · e-mail: info@dampfboot-verlag.de